

DIE ZEHNTEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IM IRAN

Oliver Ernst

Die zehnten Präsidentschaftswahlen in der Islamischen Republik Iran standen im Land selbst und in der Wahrnehmung der internationalen Gemeinschaft unter dem Vorzeichen einer Richtungsentscheidung über die weitere Entwicklung der iranischen Innen- und Außenpolitik. Präsident Mahmud Ahmadinedschad hatte sich nach dem Wahlsieg im Jahr 2005 in einigen wichtigen Politikfeldern von den politischen Zielen seiner beiden Vorgänger Rafsandschani und Chatami entfernt. Während diese den Iran wirtschaftlich und politisch öffnen wollten und insbesondere das seit der Revolution angespannte Verhältnis zum Westen zu verbessern trachteten, vollzog Ahmadinedschad einen Politikwechsel zurück zur anti-westlichen Polemik und Konfrontation der Revolutionsjahre. Eine konstruktive Einbindung des Iran in regionale Aufgaben wie die Stabilisierung Afghanistans und Iraks wurde hierdurch erschwert.

Auch in der Frage des iranischen Nuklearprogramms wurden in der Amtszeit Ahmadinedschads keine Fortschritte erzielt – der Präsident erklärte dieses Thema einseitig für abgeschlossen. Am deutlichsten veränderte sich aber das iranische Verhalten hinsichtlich des Nahostkonflikts: Die Regierung Ahmadinedschad schreckte auch vor offener Holocaustleugnung nicht zurück, um die grundsätzliche Ablehnung des Existenzrechtes des Staates Israel propagandistisch zu instrumentalisieren. Die hohen Kosten dieser Politik im Verhältnis zum Westen – in Form weiterer Stigmatisierung und Selbstisolierung – nahm die Führung in Teheran dabei bereitwillig in Kauf. Die Hisbollah im Libanon und die Hamas



Oliver Ernst ist Politikwissenschaftler und als Länderreferent im Team Afrika und Naher Osten der Konrad-Adenauer-Stiftung zuständig für die Länder Iran, Israel, Jordanien, Palästinensische Autonomiegebiete und Türkei.

Der Ausgang der zehnten Präsidentschaftswahlen im Iran vom 12. Juni des Jahres ist für das Land ein herber Rückschlag. Nach seiner umstrittenen Wiederwahl wird der konservative Mahmud Ahmadinedschad, dessen Atomprogramm und dessen stetes Holocaust-Leugnen zumal den Westen provoziert, seinen Weg der inneren Polarisierung, der religiös-sozialen Knebelung und der außenpolitischen Isolation wohl weitergehen. Während seine drei Herausforderer, allen voran der reformorientierte Mir-Hossein Mussawi, der Regierung Wahlmanipulationen vorwarfen, machte sich die Wut der Menschen in Massendemonstrationen und Streiks in Teheran und anderen Städten des Landes Luft. Die Führung reagierte mit brutaler Gewalt, zumal Wächterrat und oberster Religionsführer den Sieg Ahmadinedschads bestätigten. Wenn auch die Hoffnung auf eine baldige Liberalisierung und Öffnung des Landes zunächst enttäuscht wurde, so weiß die Teheraner Führung doch, dass sie sich auf eines nicht wird berufen können – eine Legitimierung durch das eigene Volk.

im Gazastreifen wurden unter Ahmadinedschad ideologisch, finanziell und militärisch unterstützt und es kam zu massiven bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Organisationen und Israel, die als Stellvertreterkriege zwischen Iran und Israel angesehen werden können. Die iranische Außenpolitik unter Ahmadinedschad trug somit zur Verschlechterung der Sicherheitslage im Nahen Osten bei, torpedierte Fortschritte im Friedensprozess und verschärfte den iranisch-israelischen Konflikt.

Im Innern konnte Ahmadinedschad die wirtschaftliche Lage nicht verbessern und sein Wahlversprechen, die Armut und Arbeitslosigkeit zu reduzieren, nicht einhalten. Die insbesondere unter Präsident Chatami vorangetriebene gesellschaftliche Liberalisierung wurde unter Ahmadinedschad nicht fortgesetzt, sondern, beispielsweise durch den verstärkten Einsatz der Sittenpolizei, zum Teil wieder rückgängig gemacht.

DIE KANDIDATEN

Nach der iranischen Verfassung darf der Präsident nur zwei Wahlperioden in Folge im Amt bleiben. Trotz des hohen Ansehens von Präsident Chatami im In- und Ausland war diesem daher im Jahr 2005 die Kandidatur für eine dritte Amtszeit nicht möglich gewesen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2009 war eine erneute Kandidatur dagegen wieder möglich. Im Reformlager galt Chatami weiterhin als charismatischste Persönlichkeit und als potenziell erfolgreichster Herausforderer des amtierenden Präsidenten. Schon im Jahr 2008 wurde Chatami daher in Reformkreisen als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2009 gehandelt und er selbst erklärte am 8. Februar 2009 seine Absicht, die Kandidatur zu beantragen.

Umfragen besagten noch im März 2009, dass Chatami sehr gute Erfolgsaussichten auf einen Wahlsieg gegen Ahmadinedschad gehabt hätte, doch verzichtete er überraschend zugunsten von Mir-Hossein Mussawi, der von 1981 bis 1989 Ministerpräsident des Iran gewesen war, auf seine Kandidatur. Schon vor den Präsidentschaftswahlen 1997 und 2005 hatte Chatami zwar eine Kandidatur Mussawis unterstützt, diesen erfahrenen und während des Krieges insbesondere auch wirtschaftspolitisch erfolgreichen Politiker aber nicht hierzu bewegen können. Im Gegensatz zu Chatami, der in konservativen Kreisen aufgrund seiner Reformprogrammatik

eher unpopulär war, hatte Mussawi auch einen sehr guten Ruf über das Lager der Linksislamisten hinaus, den er insbesondere seiner erfolgreichen Amtszeit während des iranisch-irakischen Krieges verdankte. Mussawi selbst bezeichnete sich oft als „prinzipientreuen Reformler“, womit er sich als in beiden politischen Lagern beheimatet verortete. Die Unterstützung Mussawis und der Verzicht auf die eigene Kandidatur war daher für Chatami auch ein strategischer Schritt, um die Spaltung zwischen Reformern und Konservativen zu überwinden, die sich während der Präsidentschaft Ahmadinedschads weiter vertieft hatte.

Mussawi selbst bezeichnete sich oft als „prinzipientreuen Reformler“, womit er sich als in beiden politischen Lagern beheimatet verortete.

Chatami selbst hatte die Ablehnung seiner Person insbesondere durch die Anhänger Ahmadinedschads immer wieder deutlich zu spüren bekommen: Insbesondere nach der Ankündigung seiner Kandidatur erhielt er Morddrohungen und wurde in der Öffentlichkeit bedroht. Seine vergangene Präsidentschaft galt selbst seinen Anhängern als wenig erfolgreich, da er seine ambitionierten Reformvorhaben gegen die konservative Führung und das konservativ dominierte Parlament nicht hatte durchsetzen können. Mussawi schien gerade vor diesem Hintergrund der politisch aussichtsreichere Kandidat zu sein. Positiv für Mussawi wirkte sich aus, dass sich Chatami vollständig hinter seine Kandidatur stellte und die eigene Anhängerschaft ebenfalls uneingeschränkt zur Unterstützung von Mussawi aufforderte. Während Mussawi, der 20 Jahre öffentlich und politisch wenig präsent gewesen war, gerade unter den 70 Prozent der iranischen Bevölkerung, die unter 30 Jahre alt sind, kaum bekannt war, genoss Chatami vor allem unter dieser jungen Zielgruppe ein hohes Ansehen und konnte diese Gruppe für Mussawis Kandidatur gewinnen.

Der aus sechs Geistlichen und sechs Juristen zusammengesetzte Wächterrat, der unter anderem auch vor Wahlen als Auswahlgremium für die Kandidaten fungiert, stimmte der Kandidatur Mussawis zu. Etwas überraschend erhielt auch Mehdi Karrubi die Zustimmung des Wächterrates, der schon bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005 erfolglos kandidiert hatte. Nach dem Wahlausgang 2005 hatte Karrubi, wie auch der aus Altersgründen 2009 nicht wieder kandidierende Hashemi Rafsandschani, Wahlfälschungen beklagt und sein Amt im Schlichtungsrat aus Protest niedergelegt. Aufgrund seiner politischen Aktivitäten, die er zuletzt im Rahmen der 2005 von ihm gegründeten Partei des Nationalen Vertrauens

Karrubi galt im Vergleich zu Mussawi als der eigentliche Reformler unter den vier vom Wächterrat zugelassenen Kandidaten.

ausübte, und insbesondere aufgrund seiner weitreichenden gesellschaftspolitischen Forderungen, galt Karrubi im Vergleich zu Mussawi als der eigentliche Reformler unter den vier vom Wächterrat zugelassenen Kandidaten. Unterstützt wurde er daher auch von einzelnen Kräften aus dem Chatami-Lager, so etwa vom renommierten ehemaligen Vize-Präsidenten Ali Abtahi, der ihn während seiner Wahlkampagne 2009 beriet. Aufgrund der sehr unterschiedlichen politischen Persönlichkeiten Mussawis und Karrubis wurde im Reformlager die Kandidatur der beiden als positives Element für die breite Mobilisierung reformorientierter Wählerschichten bewertet. Allerdings wurde auch befürchtet, dass sie sich im Kampf gegen Ahmadinedschad gegenseitig die Stimmen wegnehmen würden.

Rezai ist politisch eher konservativ-pragmatisch orientiert und repräsentierte bei der Präsidentschaftswahl die große Gruppe der konservativen Gegner Ahmadinedschads.

Als dritten Herausforderer des amtierenden Präsidenten ließ der Wächterrat den langjährigen Führer der Revolutionsgarden (1980-1997), Mohsen Rezai, zu, der wie Karrubi ebenfalls bei den letzten Präsidentschaftswahlen kandidiert, seine Kandidatur damals aber zwei Tage vor der Wahl zurückgezogen hatte. Der dem konservativen Lager zugehörige Rezai, der aufgrund eines Bombenanschlags auf ein jüdisches Kulturzentrum in Buenos Aires im Jahr 1994 von Interpol per Haftbefehl gesucht wird (bei dem Anschlag kamen 85 Menschen ums Leben), ist seit 1997 Sekretär des von Akbar Haschemi Rafsandschani geleiteten, 35-köpfigen Schlichtungsrates. Rezai ist politisch eher konservativ-pragmatisch orientiert und repräsentierte bei der Präsidentschaftswahl die große Gruppe der konservativen Gegner Ahmadinedschads. Er galt aber von Beginn an als wenig aussichtsreicher Bewerber um das Präsidentenamt, wenngleich er seiner konservativen Wählerklientel ein Programm mit dem Titel „Perspektiven für einen Iran des Jahres 2025“ vorstellte. Insbesondere seine auf Verständigung und Zusammenarbeit ausgerichteten Thesen zur iranischen Außenpolitik ähnelten sehr den außenpolitischen Forderungen seiner Mitbewerber aus dem Reformlager. So befürwortete auch er den Dialog mit den USA, deren neuen Ansatz in der Iranpolitik er als „glaubwürdig“ bezeichnete.

DER WAHLKAMPF

Nachdem der Wächterrath am 20. Mai 2009 die Kandidatur von vier der 476 eingeschriebenen Bewerber bestätigt hatte, begann am 22. Mai der Wahlkampf. Schon im Jahr 2005 war der Wahlkampf der damals acht Bewerber sehr lebendig gewesen und die Kandidaten hatten in ihren Kampagnen versucht, insbesondere die breiten jungen Wählerschichten anzusprechen. Dies war auch im Wahlkampf 2009 wieder zu beobachten.

Präsident Ahmadinedschad profitierte 2009 in hohem Maße von seinem Amtsbonus, da er sich der Unterstützung der staatlichen und regierungsnahen Medien sicher sein konnte. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen hatte er in den staatlichen Medien etwa die zehnfache Zeit seiner drei Herausforderer, um sich und seine Politik zu präsentieren. Schon in den vier Jahren seiner Amtszeit war er zudem sehr öffentlichkeitswirksam aufgetreten und hatte systematisch auch die verschiedenen Provinzen bereist. Aufgrund des national-populistischen Charakters seiner Auftritte bei den öffentlichen Kundgebungen kann diesen durchaus auch mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen ein mobilisierender Effekt zugesprochen werden.

Der Wahlkampf fokussierte sich vor allem auf Ahmadinedschad und Mussawi, da Rezai und Karrubi nur geringe Chancen beigemessen wurden. Dies zeigte sich auch in den vor der Wahl veröffentlichten 28 Umfragen, die in 14 Fällen Mussawi und in 14 Fällen Ahmadinedschad die größte Zustimmung der Wähler prognostizierten. Interessanterweise bedeutete die Zustimmung zu Ahmadinedschad nicht gleichzeitig die Zustimmung zu seiner konfrontativen politischen Haltung, wie beispielsweise eine zu Beginn des Wahlkampfes publizierte Umfrage der New America Foundation deutlich machte. Nach dieser Umfrage befürwortete eine Mehrheit der befragten Iraner bessere Beziehungen zu den USA und eine offenere und demokratischere Gesellschaft, zugleich erhielt Ahmadinedschad aber in dieser Umfrage mit 34 Prozent der Stimmen den größten Stimmanteil. Interessanterweise spiegelte sich bereits in dieser Umfrage wieder, dass im Unterschied zu vergangenen Wahlen aus Opposition und Reformlager heraus nicht zu einem Wahlboykott aufgerufen worden war und daher diesmal

Interessanterweise bedeutete die Zustimmung zu Ahmadinedschad nicht gleichzeitig die Zustimmung zu seiner konfrontativen politischen Haltung.

89 Prozent der befragten Iraner ihre Teilnahme an der Wahl bekundeten. Die offiziell verlautbarte Wahlbeteiligung lag mit 85 Prozent nur knapp darunter und stellte in der Geschichte der Islamischen Republik Iran eine Rekordbeteiligung dar.

Sowohl die Reformer als auch die Konservativen appellierten an die Bevölkerung, sich an der Wahl zu beteiligen: Während das konservative Lager die Wahlbeteiligung als Indikator für die Zustimmung zum System der Islamischen Republik als solches verstanden wissen wollte, was auch der religiöse Führer Chamenei in seinen Stellungnahmen vor und nach der Wahl wiederholt betonte, spekulierten die Reformer und auch viele Wahlanalysten darauf, dass bei einer hohen Wahlbeteiligung vor allem die reformorientierten Wählerschichten, die sich in der Vergangenheit teilweise an den Wahlboykotten beteiligt hatten, zusätzlich partizipieren und für die Reformkandidaten votieren würden. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung wurde ein Wahlsieg Ahmadinedschads für wahrscheinlicher gehalten, bei einer hohen Wahlbeteiligung ein Wahlsieg Mussawis.

Der Wahlkampf zeichnete sich inhaltlich durch eine sehr starke und vor allem gegen die Regierung Ahmadinedschad ge-

Wie schon im Präsidentschaftswahlkampf 2005 wurde auch 2009 die Regierung vor allem wegen der wirtschaftlichen Entwicklung kritisiert.

richtete Polarisierung aus. Wie schon im Präsidentschaftswahlkampf 2005 wurde auch 2009 die Regierung vor allem wegen der wirtschaftlichen Entwicklung kritisiert. Ahmadinedschad, der sein Image eines bescheidenen Mannes,

welcher auch im eigenen Auftreten und Habitus die sozial Schwächeren repräsentiert, während seiner Präsidentschaft systematisch gepflegt hatte, konterte zwar, indem er seinen Gegnern sozial-populistisch persönliche Bereicherung vorwarf, konnte aber nicht begründen, warum beispielsweise die beschäftigungs- und wirtschaftspolitisch sinnvolle Unterstützung des privaten Sektors durch seine Regierung nicht die notwendige Förderung erhalten hatte, oder warum die hohen Gewinne aus dem Ölgeschäft überwiegend in Importe und nicht in langfristige sinnvolle Investitionen und Infrastrukturprojekte geflossen waren.

Schärfer noch geriet er im Wahlkampf wegen seiner außenpolitischen Haltung unter Druck. Während Ahmadinedschad behauptete, insbesondere durch seine unnachgiebige Haltung in der Atomfrage die Würde Irans verteidigt und wiederhergestellt zu haben, wurde ihm von seinen drei Gegnern die

zunehmende außenpolitische Isolierung des Landes vorgeworfen.

Der indirekte Einfluss des Westens auf die iranische außenpolitische Wahlkampfdiskussion spiegelte sich vor allem in der hohen Bedeutung wider, die dem Thema Holocaustleugnung durch die Regierung Ahmadinedschad in der Wahlausinandersetzung beigemessen wurde. Alle drei Kandidaten beschuldigten Ahmadinedschad, durch seine dauernde Thematisierung des Holocausts, dem Ansehen Irans erheblichen Schaden zugefügt zu haben. Zwar wurde von den drei Kandidaten selbst sehr unterschiedlich akzentuiert zum Holocaust selbst Stellung genommen, so erklärte Karrubi die Faktizität des Holocaust, Mussawi erklärte, dass Israel selbst von diesen Attacken profitiert habe, während Rezai sich in erster Linie gegen die provokative Politisierung des Holocausts durch Ahmadinedschad wandte. Doch wurde deutlich, dass Ahmadinedschad sich auch innerhalb der Herrschaftselite in dieser Frage, die zum eigentlichen Leitthema seiner ersten Amtszeit geworden war, ins Abseits manövriert hatte. Mit seiner Aussage: „Ahmadinedschads Weg führt direkt in den Abgrund“ fasste Rezai die lagerübergreifend geteilte Auffassung über die Bilanz der Präsidentschaft Ahmadinedschads zusammen.

Es wurde deutlich, dass Ahmadinedschad sich auch innerhalb der Herrschaftselite in der Frage der Holocaust-Leugnung, die zum eigentlichen Leitthema seiner ersten Amtszeit geworden war, ins Abseits manövriert hatte.

Trotz der von Anfang an sehr angespannten Wahlkampfatmosphäre wurden auch von Regierungsseite neue Elemente in den Wahlkampf eingebracht, die die offene Auseinandersetzung noch begünstigten. So kam es erstmals in der Geschichte der iranischen Wahlen zu Fernsehdebatten der vier Kandidaten, die im Staatsfernsehen übertragen wurden. Die Debatten wurden insbesondere von Ahmadinedschad dazu genutzt, seine Strategie der persönlichen Diffamierung der anderen Kandidaten vor einem Millionenpublikum fortzusetzen. Dabei machte er auch vor der Beleidigung der Ehefrau von Mussawi nicht halt, die sich aktiv an der Seite ihres Mannes in den Wahlkampf eingeschaltet hatte.

Auch die Teilnahme der vier Ehefrauen an den Wahlkundgebungen war ein neues Element im Präsidentschaftswahlkampf, die besonders intensiv von den beiden Reformkandidaten genutzt wurde, um über ihre Frauen frauenpolitische Themen zu kommunizieren. Bilder von den Wahlveranstal-

tungen zeigten dann auch, dass die Mobilisierung junger Wählerinnen hierdurch erfolgreich bewirkt werden konnte.

Neben den Frauen wurden von den Reformern die jungen Wählerschichten als Zielgruppe durch den intensiven Einsatz neuer Medien angesprochen. Im Internet und durch SMS wurde im Rahmen der Wahlkampagnen informiert und mobilisiert. Dabei spielten virtuelle „soziale Netzwerke“ wie die on-line-Plattform facebook eine zunehmend wichtige Rolle. Die tagelange Abschaltung von facebook während des Wahlkampfes wurde daher auch als gezieltes Störmanöver gegen die Reformerkampagne interpretiert. Insbesondere Mussawi hatte facebook intensiv und erfolgreich genutzt.

Einen besonderen Charakter erhielt die Wahlkampagne Mussawis durch die Verwendung der Farbe grün. Vor dem Hintergrund der massiven und sehr grundsätzlichen Kritik Mussawis an der Regierung Ahmadinedschad, die die Form einer Auseinandersetzung um die Werte der Islamischen Revolution und die Ausrichtung der Politik der Islamischen Republik annahm, wurde diese „grüne Bewegung“ vom Ahmadinedschad-Lager als Vorstufe einer „farbigen Revolution“ verstanden. Dies führte dazu, dass die Revolutionsgarden schon vor der Wahl ausdrücklich warnten, dass sie sich jeder Form einer „farbigen Revolution“ widersetzen würden.

Diese „grüne Bewegung“ wurde vom Ahmadinedschad-Lager als Vorstufe einer „farbigen Revolution“ verstanden.

Ahmadinedschads Kampagne dagegen verwendete die iranische Fahne als Winkelement auf den Wahlversammlungen. Diese politische Verwendung von Staatssymbolen führte dann zu der absurden Situation, dass am Wahltag die Fahne nicht gezeigt werden durfte, um „Neutralität“ gegenüber den jeweils anderen Kandidaten zu wahren.

DAS OFFIZIELLE ERGEBNIS

Aufgrund des großen Wählerandrangs wurden die Wahllokale am 12. Juni für einige Stunden länger offen gehalten. Über 39 der rund 46 Millionen Wahlberechtigten sollen nach offiziellen Angaben an den Wahlen teilgenommen haben. Das Innenministerium gab den überwältigenden Wahlsieg von Amtsinhaber Ahmadinedschad bekannt, der fast Zweidrittel der Stimmen erhalten haben soll. Für einen Sieg im ersten

Wahlgang hätte ihm ein Stimmenanteil von 50 Prozent gebracht.

Kandidat	Stimmenzahl	Anteil in Prozent
Ahmadinedschad	24.527.516	62,63
Karrubi	333.635	0,85
Mussawi	13.216.411	33,75
Rezai	678.240	1,73
Gültige Stimmen	38.755.802	98,95
Ungültige Stimmen	409.389	1,05
Gesamtstimmzahl	39.165.191	100

Einen derart klaren Wahlsieg Ahmadinedschads hatte niemand vorhergesehen. Zwar war von einigen Beobachtern durchaus mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen von Ahmadinedschad und Mussawi und einer Entscheidung erst im zweiten Wahlgang gerechnet worden, ein Erdrutschsieg von Ahmadinedschad galt im Fall einer hohen Wahlbeteiligung aber als unwahrscheinliches Szenario.

Mit Rückblick auf die letzten Präsidentschaftswahlen war ein solches Ergebnis auch nicht zu erwarten gewesen. 2005 hatte Ahmadinedschad erst im zweiten Wahlgang gegen Rafsandschani gewonnen, wobei die Wahlbeteiligung nur bei rund 59,6 Prozent gelegen hatte. Einen vergleichbaren Überraschungserfolg wie Ahmadinedschad 2009 hatte Mohammad Chatami bei den Präsidentschaftswahlen 1997 für das Reformlerlager errungen, wo er bereits im ersten Wahlgang mit 70 Prozent der Stimmen seine drei Mitbewerber hinter sich ließ. Sein Sieg damals galt aber als Zeichen für den politischen Wandel im Iran hin zu mehr gesellschaftlicher Liberalisierung. Der unerwartet deutliche Wahlsieg von Ahmadinedschad 2009 implizierte jedoch das Gegenteil, nämlich die Abwendung breitester Bevölkerungsschichten von der Reformbewegung.

Einen vergleichbaren Überraschungserfolg wie Ahmadinedschad 2009 hatte Mohammad Chatami bei den Präsidentschaftswahlen 1997 für das Reformlerlager errungen.

Angesicht der reformorientierten Wechselstimmung im Land, die zuletzt auch viele Konservative erfasst hatte, wirkte die Verkündung des Wahlsieges von Ahmadinedschad auf viele Iraner wie ein Schock. In der Folge zweifelten alle drei Gegenkandidaten das Ergebnis an und beklagten massive Wahlmanipulationen. Dem Wächterrath, der das Wahlergebnis be-

stätigen musste, wurden von den drei Gegenkandidaten am 18. Juni Listen mit 646 Beschwerden vorgelegt, die die Fälschungen belegen sollten. Am 19. Juni schaltete sich Religionsführer Chamenei in die Wahldiskussion ein. In seiner Freitagspredigt unterstrich er, dass Ahmadinedschad mit elf Millionen Stimmen Vorsprung die Präsidentschaftswahlen eindeutig gewonnen habe. Der Wächterratt betonte zwar wiederholt die ordentliche Durchführung der Wahlen, lenkte aber insofern ein, als er die Neuauszählung von zehn Prozent der Stimmen veranlasste. Diese in der Geschichte der Islamischen Republik erstmals zugelassene Neuauszählung fand am 29. Juni statt und endete mit einer sogar leicht erhöhten Stimmenzahl für Ahmadinedschad.

Am 1. Juli 2009 reagierte Mussawi, der seit dem Wahltag vehement die komplette Neuauszählung oder alternativ die Annullierung der Wahl und nachfolgend Neuwahlen gefordert hatte, auf die endgültige Entscheidung des Wächterrates mit der Aussage: „Von jetzt an haben wir eine Regierung, deren Legitimation die Mehrheit der Menschen, mich eingeschlossen, nicht anerkennt. [...] Solange unser Protest weitergeht, wird diese Regierung keine Legitimation haben. [...] Es ist unsere historische Pflicht, unseren Protest fortzusetzen, um die legitimen Rechte des Volkes durchzusetzen.“

Auch Mehdi Karrubi, der schon 2005 erfolglos gegen Wahlmanipulationen geklagt hatte, erneuerte seine Vorwürfe und kündigte an, dass er aufgrund der „illegitimen und unglaublichen Wahl“ nicht an der Einführung der neuen Regierung teilnehmen werde. Die Regierung reagierte auf die Wahlbeschwerden, indem sie zahlreiche Mitarbeiter von Mussawi und Karrubi verhaftete. Bereits seit dem 15. Juni ist der ehemalige Vizepräsident Ali Abtahi verschwunden, der in seinem Blog webneveheshta.com/en am Tag nach der Wahl kommentiert hatte: „Es war ein großer Schwindel.“ Die Zeitungen von Mussawi (*Grünes Wort*) und Karrubi (*Nationales Vertrauen*) wurden ebenfalls in den Tagen nach der Wahl verboten, so dass beide Politiker nur noch über ihre online-Präsenz mit ihren Anhängern kommunizieren konnten.

Die Regierung reagierte auf die Wahlbeschwerden, indem sie zahlreiche Mitarbeiter von Mussawi und Karrubi verhaftete.

DIE PROTESTE GEGEN DIE WAHL

Im Unterschied zu den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005, als die Vorwürfe über Wahlfälschungen zwar ebenfalls von

wichtigen Akteuren wie Rafsandschani und Karrubi erhoben worden waren, aber nicht zu breiteren Protesten geführt hatten, brach 2009 unmittelbar nach der Bekanntgabe der offiziellen Wahlergebnisse ein landesweiter Proteststurm los. An den Massendemonstrationen gegen das Wahlergebnis beteiligten sich nach Schätzungen bis zu drei Millionen Menschen. Die von 15 Millionen Menschen bewohnte Hauptstadt Teheran war zwar das Zentrum der Protestbewegung, aber auch in vielen anderen Städten wurde diese unterstützt. Neben den Straßenprotesten, die nach der protestfeindlichen Freitagspredigt von Chameini am 19.6. aus Furcht vor gewaltsamen Reaktionen der Sicherheitskräfte deutlich zurückgingen, gab es noch zivile Protestformen wie mehrtägige Streiks in der Provinz Kurdistan oder das Rufen von „Tod dem Diktator“ und „Gott ist größer“-Parolen von den Häuserdächern, dass aber auch durch die gewaltsamen Gegenmaßnahmen der Sicherheitskräfte nach zwei Wochen allmählich reduziert wurde.

Bei der Organisation der Proteste standen anfangs zwar die Reformpolitiker Mussawi und Karrubi an der Spitze, die über ihre online-Medien zu den Kundgebungen und Trauermärschen aufriefen, im weiteren Verlauf der Proteste wurden aber virtuelle „soziale Netzwerke“ wie facebook, blogs sowie die Filmberichterstattung auf youtube und der twitter-Dienst immer wichtiger, da sich die Protestbewegung mehr und mehr verselbständigte und nicht mehr in erster Linie auf die eher mäßigenden Protestaufrufe von Mussawi und Karrubi reagierte. Während diese beiden Reformer nämlich darauf bedacht waren, die Situation auf der Straße in geordnete Bahnen zu lenken und nicht eskalieren zu lassen, kam es Teilen der Protestbewegung auf eine kontinuierliche öffentliche Präsenz an.

Im weiteren Verlauf der Proteste wurden virtuelle „soziale Netzwerke“ wie facebook, blogs sowie die Filmberichterstattung auf youtube und der twitter-Dienst immer wichtiger.

Dieser Bruch zwischen „regimetreuer“ Reformbewegung und „radikaler“ Protestbewegung war letztlich wohl auch unvermeidlich, da es für die Reformer nicht infrage kam, die Proteste in einen gewaltsamen Systemwechsel oder Bürgerkrieg münden zu lassen. Diese Gefahr hatte insbesondere der Konservative Mohsen Rezai, der die Proteste gegen die Wahlen anfänglich mit Mussawi und Karrubi gemeinsam angeführt und auf seiner Homepage ebenfalls die Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen beklagt hatte, durchaus gesehen. Rezai hatte als Reaktion auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen bekundet, seine Beschwerden gegen die Wahlmanipulationen

zurückzuziehen, da durch Proteste für die Islamische Republik mehr auf dem Spiel stehe als nur die Wahlergebnisse.

Die Propaganda der staatlichen Stelle zielte vor allem darauf ab, die Protestbewegung in einen friedlichen, legalen Kern und in illegale, militante Elemente zu spalten. Bei den verhafteten Protestierern wurde daher regelmäßig auch eine Verbindung zu den „Feinden“ im Ausland oder zu den Volksmudschaheddin unterstellt, die als Terrorgruppe im Iran verfolgt werden. Die zu einer internationalen Ikone der Proteste gewordene niedergeschossene Studentin Neda Agha-Soltan sollte, nach Darstellung aus iranischen Sicherheitskreisen,

Insgesamt wurde von der iranischen Regierung den internationalen Medien der Vorwurf gemacht, durch ihre Berichterstattung die Situation im Nachklang der Wahlen falsch dargestellt und sogar verschärft zu haben.

beispielsweise im Auftrag eines BBC-Reporters ermordet worden sein, um die Proteste anzuzünden. Insgesamt wurde von der iranischen Regierung den internationalen Medien der Vorwurf gemacht, durch ihre Berichterstattung die Situation im Nachklang der Wahlen falsch dargestellt und sogar verschärft zu haben. Während viele einheimische Journalisten verhaftet wurden, wurde die Berichterstattung der internationalen Medien immer weiter eingeschränkt. So durften die Reporter nicht mehr direkt von den Protesten berichten. Aufgrund der umfassenden Einschränkung der Berichterstattung über die Proteste kam den privaten „Handy-Reportern“, die ihre Filme auf youtube verbreiteten, auch in der internationalen Berichterstattung als „Quellen“ eine große Bedeutung zu, wobei allerdings sehr bald die Frage nach der Zuverlässigkeit dieser Quellen gestellt wurde.

Während viele einheimische Journalisten verhaftet wurden, wurde die Berichterstattung der internationalen Medien immer weiter eingeschränkt. So durften die Reporter nicht mehr direkt von den Protesten berichten. Aufgrund der umfassenden Einschränkung der Berichterstattung über die Proteste kam den privaten „Handy-Reportern“, die ihre Filme auf youtube verbreiteten, auch in der internationalen Berichterstattung als „Quellen“ eine große Bedeutung zu, wobei allerdings sehr bald die Frage nach der Zuverlässigkeit dieser Quellen gestellt wurde.

Vergleicht man die Präsidentschaftswahlen 2005 und 2009, dann ist das Ausbleiben von vergleichbaren Protesten im Jahr 2005, trotz der damaligen Wahlfälschungsvorwürfe, wohl auf einige bedeutsame Unterschiede zu den Wahlen im Jahr 2009 zurückzuführen: Zum einen hatte Karrubi, der 2005 am stärksten protestiert hatte, es im ersten Wahlgang nur auf den dritten Platz geschafft und er konnte somit nicht mehr an der Stichwahl teilnehmen. Rafsandschani, der ebenfalls über Wahlmanipulationen geklagt hatte, war Ahmadinedschad in der Stichwahl so deutlich unterlegen, dass auch für ihn wenig Aussicht bestand, durch Anfechtung der Wahlergebnisse noch etwas hieran zu verändern. Zudem hatten weder Karrubi noch Rafsandschani 2005 eine ähnliche öffentliche Unterstützung wie Moussawi im Wahlkampf 2009 mobilisieren können – eine größere Protestbewegung hätte sich somit nur sehr

viel schwieriger entwickelt. Dazu kommt, dass im Jahr 2005 selbst viele Teheraner, die Ahmadinedschad seit 2003 zum Bürgermeister hatten, nicht ahnten, welche politische Haltung der neue Präsident einnehmen würde, und sich entsprechend abwartend verhielten. Auch war das konservative Lager im Jahr 2005 noch nicht so stark gegen Ahmadinedschad eingestellt wie im Jahr 2009. Der wichtigste Grund für die erhebliche Ausbreitung der Proteste war aber die grundsätzliche Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen unter Ahmadinedschad. Wenngleich Mussawi als Mann des Systems für viele Iraner keine wirkliche Lösung bedeutete, so bot doch die von ihm mit angestoßene „grüne Bewegung“ eine Plattform für Forderungen, die potenziell weit über das systemimmanent verortete Reformprogramm Mussawis hinausgingen.

Der wichtigste Grund für die erhebliche Ausbreitung der Proteste war die grundsätzliche Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen unter Ahmadinedschad.

REAKTIONEN DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT

Die Haltung der internationalen Gemeinschaft mit Blick auf die Wahlen war sehr gespalten, wenngleich UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon elf Tage nach der Wahl die Besorgnis der Weltgemeinschaft über die gewaltsame Niederschlagung der bürgerlichen Proteste zum Ausdruck brachte. Während aus der Türkei und anderen außereuropäischen Staaten unmittelbar nach der Wahl Gratulationsschreiben an Ahmadinedschad gingen und eine Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ des Iran ausdrücklich abgelehnt wurde, hielt sich der Westen in ersten Stellungnahmen sehr zurück. Als aber die Proteste im Iran sehr schnell und stark zunahmen und deutlich wurde, dass diesen Protesten von Seiten der iranischen Regierung mit Gewalt begegnet wurde, wurden auch im Westen die Stimmen lauter, die die iranische Regierung zu einer friedlichen Lösung des internen Konfliktes aufforderten.

Unter besonderer Beobachtung stand in dieser Frage die junge Regierung von US-Präsident Obama, da dieser einen grundlegenden Neuanfang in den amerikanisch-iranischen Beziehungen befürwortet hatte. Tatsächlich waren die Reaktionen aus den USA anfangs auch sehr zurückhaltend und selbst angesichts der inneriranischen Proteste abwartend: Außenministerin Hillary Clinton betonte in einer Ansprache am Tag nach der Wahl lediglich, sie hoffe, dass „das Ergebnis

der Wahl den wahren Willen und den Wunsch des iranischen Volkes widerspiegelt“. Schon am 15. Juni zeigte sich das Weiße Haus dann aber „tief besorgt über die gewaltsamen Festnahmen und die möglichen Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen“.

Zwei Wochen nach der Wahl wurden auf Anweisung von Außenministerin Clinton die Einladungen an die iranischen Botschafter zur Teilnahme an den Unabhängigkeitsfeiern am 4. Juli wieder zurückgezogen.

Zwei Wochen nach der Wahl wurden auf Anweisung von Außenministerin Clinton die Einladungen an die iranischen Botschafter zur Teilnahme an den Unabhängigkeitsfeiern am 4. Juli wieder zurückgezogen, die erstmals nach 30 Jahren wieder an die iranische Seite gegangen waren und von daher den gewünschten Neuanfang zwischen beiden Staaten symbolträchtig zum Ausdruck gebracht hatten.

Ein wichtiger Grund für die zurückhaltende Position des Westens war sicherlich, dass aus dem Iran, namentlich von Seiten Mussawis und der anderen Führer der Protestbewegung, keine direkte Aufforderung an die Außenwelt erging, in irgendeiner Form zugunsten der Protestbewegung zu intervenieren. Ein weiterer Grund war aber auch das Interesse des Westens, die Zusammenarbeit mit der künftigen iranischen Regierung nicht von Anfang an zu belasten oder gar unmöglich zu machen. Insbesondere die Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm waren in hohem Maße auch von dem politischen Klima zwischen Iran und dem Westen beeinflusst. Die Nuklearverhandlungen waren auch der Hebel, den die iranische Führung schließlich ansetzte, um gegen die europäischen Proteste vorzugehen. So kündigte Armeechef Hassan Firuzabadi am 2. Juli an, die EU müsse sich erst für ihre Einmischung in die Angelegenheiten des Iran entschuldigen, bevor neue Verhandlungen über das iranische Atomprogramm möglich seien.

Vor allem die Briten wurden von iranischer Seite der Einmischung bezichtigt und neun Mitarbeiter der britischen Botschaft in Teheran zeitweise inhaftiert. Mit seiner Forderung nach einem vorübergehenden Abzug aller europäischen Botschafter aus Teheran als geschlossene europäische Reaktion auf dieses iranische Vorgehen konnte sich Großbritannien in der EU jedoch nicht durchsetzen. Bundeskanzlerin Merkel und andere europäische Regierungschefs hielten dies gerade mit Blick auf die Notwendigkeit, den Gesprächsfaden mit Teheran in der Nuklearfrage nicht abreißen zu lassen, für kontrapro-

duktiv. Geprüft wurde Anfang Juli jedoch ein EU-weites Einreiseverbot für die Personen aus der iranischen Führung, die für die gewaltsame Niederschlagung der Proteste verantwortlich gemacht werden konnten. Zuvor hatte die EU sich bereits in mehreren Stellungnahmen besorgt sowohl über die Unregelmäßigkeiten bei der Wahl als auch über die Gewalt gegen die Protestierer geäußert.

Geprüft wurde Anfang Juli ein EU-weites Einreiseverbot für die Personen aus der iranischen Führung, die für die gewaltsame Niederschlagung der Proteste verantwortlich gemacht werden konnten.

AUSBLICK

Die Proteste haben nicht nur das Bild des Iran in der Außenwelt verändert, wo vielfach mit Verwunderung wahrgenommen wurde, wie tief der Riss zwischen großen Teilen der Bevölkerung und Teilen der ebenfalls untereinander tief zerstritten erscheinenden Herrschaftseliten ist. Auch im Iran selbst haben die Wahlen und die nachfolgenden Proteste einen Wandel bewirkt, der in seiner Bedeutung für die langfristige Regimetransformation nicht unterschätzt werden sollte. „Die Regierung Ahmadinedschad hat die Schlacht gewonnen, aber nicht den Krieg“, wurde das aktuelle Szenario recht zutreffend charakterisiert. Tatsächlich scheint es zumindest kurz- und mittelfristig so, dass die Machtelite um Präsident Ahmadinedschad, Religionsführer Chamenei, dem Wächterrat und den Revolutionsgarden weiterhin die Spielregeln im politischen Geschehen bestimmen wird. Aber dieser Teil des politischen Establishments im Iran, der selbst von wichtigen Kreisen innerhalb des Systems der Islamischen Republik als „extremistisch“ charakterisiert wird, ist nach den Wahlen und den Protesten keineswegs gestärkt, wie es das offiziell vom Innenministerium verkündete und vom Wächterrat mehrfach bestätigte Wahlergebnis und die Freitagspredigt Chameneis vom 19. Juni dem iranischen Volk und der internationalen Gemeinschaft weismachen sollten. Die Legitimität der künftigen Regierung Ahmadinedschad wird von vielen im Iran in Frage gestellt.

Schon die Wahl Ahmadinedschads im Jahr 2005 war ein Rückschlag im demokratischen Transformationsprozess des Iran gewesen. Die Wahl 2009 hat das Ausmaß dieses Rückschlages nochmals verdeutlicht. Doch langfristig kann der Transformationsprozess nicht blockiert werden, ohne den republikanischen Charakter des iranischen politischen Systems zu gefährden.

Großajatollah Hossein Ali Montazeri, der schon vor zwanzig Jahren mutig seine Stimme gegen die Fehlentwicklungen der Islamischen Republik erhoben hatte und daraufhin von Revolutionsführer Ajatollah Ruhollah Chomeini entmachtet worden war, hat in seiner öffentlichen Stellungnahme zu den jüngsten Ereignissen im Iran wohl vielen im Klerus, in der politischen

„Ich unterstütze unerschütterlich die friedlichen Aktionen des Volkes für die Verteidigung seiner legitimen Rechte im Rahmen der Verfassung der Islamischen Republik Iran.“

Elite und in der Bevölkerung aus dem Herzen gesprochen: „Ich unterstütze unerschütterlich die friedlichen Aktionen des Volkes für die Verteidigung seiner legitimen Rechte im Rahmen der Verfassung der Islamischen Republik Iran, die den Republikanismus als Grundpfeiler dieser Ordnung anerkennt, und halte jegliche Maßnahme für unzulässig, die der republikanischen Idee dieser Ordnung einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügt. Jeder religiöse Mensch in diesem Land ist verpflichtet, das Volk bei der Erlangung seiner legitimen Rechte zu unterstützen. Daher erkläre ich jede Unterdrückung dieser Proteste für haram, für religiös verboten. Denn die Anwendung von Gewalt gegen das Volk ist eine offene Auflehnung gegen die islamische Verfassung, die dem Volk das Recht gewährt, über seine Geschicke selbst zu bestimmen.“

Die politische Auseinandersetzung zwischen der politischen Elite und der Bevölkerung des Iran wird in den nächsten Jahren entscheidend dafür sein, ob sich die Islamische Republik als pluralistisches System weiter entwickeln wird oder ob sich eine Militärdiktatur herausbilden wird, die jeglichen Dissens und jede Opposition mit Gewalt unterdrückt.

Das Manuskript wurde am 3. Juli 2009 abgeschlossen.